

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 12.09.2024,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Johannes Maus Velen

Mitglieder:

Gerd Bannefeld	Raesfeld	
Markus Berger	Heiden	
Annette Demes	Ahaus	Vertretung für Herrn Michael Hösing
Wilhelm Ebbing	Velen	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Jürgen Fellerhoff	Borken	Vertretung für Herrn Frank Hadder
Otger Harks	Stadtlohn	
Hermann Holtkamp	Vreden	
Herbert Moritz	Heek	
Heinrich Rülfiing	Rhede	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Jens Steiner	Heek	Vertretung für Herrn Daniel Leuders
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Alfons Wissing	Schöppingen	bis TOP 3
Barbara Wübbeling	Reken	

beratende Mitglieder:

Marc Kublun Gescher bis TOP 3

Gäste:

Sebastian Boor	Corre Energy
Ina Brüning	Biologische Station Zwillbrock
Dr. Dietmar Ikemeyer	Biologische Station Zwillbrock
Stefan Meyer	SGW mbH & Co. KG
Oliver Paech	Corre Energy
Heinrich-Ludger Rövekamp	LWK Kreisstelle Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Andreas Brinkhues	EGW mbH
Bernd Garvert	
Michael Weitzell	
Edith Gülker	
Frank Fischer	
Josef Nießing	
Anne-Katrin Kremer	

Es fehlen entschuldigt:

Frank Hadder	Borken
Michael Hösing	Bocholt
Daniel Leuders	Vreden

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Johannes Maus eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Aus zeitlichen Gründen bittet Herr Maus die Anwesenden, den Tagesordnungspunkt 3: „Aktueller Sachstand zum Haushaltsantrag 06-02: Kräuterreiches Grünland“ vorzuziehen. Hierzu besteht Einvernehmen.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Aktueller Sachstand zum Haushaltsantrag 06-02: Kräuterreiches Grünland
Vorlage: 0020/2024/KREIS**

Berichterstatter: Hubert Grothues

Herr Maus begrüßt die eingeladenen Gäste Dr. Dietmar Ikemeyer von der Biologischen Station Zwillbrock sowie Heinrich-Ludger Rövekamp von der LWK Kreisstelle Borken.

Einleitend führt Herr Grothues aus, die verantwortlichen Personen seien zum Haushaltsantrag auch vor dem Hintergrund der geänderten EU-Förderkulisse im Gespräch geblieben. Im Ergebnis sei aber weiterhin die Wirtschaftlichkeit für die Umsetzung problematisch geblieben. Er rate daher, den Antrag in der ursprünglichen Form nicht umzusetzen.

Herr Dr. Ikemeyer erläutert ergänzend, Pflegeumbrüche seien aktuell möglich und zulässig. Unverändert sei hingegen, dass sich eine flächenweise Anreicherung mit Artenvielfalt nur dann lohne, wenn diese mit einer adäquaten, d.h. extensiven Bewirtschaftung einhergehe. Diese sei aus betriebswirtschaftlicher Sicht hingegen uninteressant.

Die vorhandene Kullisse der Schutzgebiete im Kreis Borken, die vor allem im Eigentum des Kreises und der Stiftungen seien, bieten sich hingegen zur extensiven Bewirtschaftung an. Aktuell gebe es weit über 300 Pächter, die diese Flächen pachten und entsprechend bewirtschaften würden. Hier würde sich zeigen, dass eine Anreicherung zur Artenerhöhung und eine adäquate Nutzung in Kooperation gut funktionieren würde.

Abschließend betont Herr Rövekamp, grundsätzlich könne auch weiterhin der Umstellungsprozess der Flächennutzung hin zu einer artenreichen Flächenbewirtschaftung möglich gemacht werden.

Er danke den Beteiligten für Ihre Arbeit und freue sich, dass alternative Lösungsmöglichkeiten gefunden wurden, so Herr Steiner.

Die Ausführungen zum Sachstand zur Umsetzung der Beschlussfassung zu dem Haushaltsantrag 06-02: Kräuterreiches Grünland werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Beabsichtigte 3d-Seismik Untersuchung im Kavernenfeld Epe: Sachstandsbericht durch Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mbH & Co. KG
Vorlage: 0210/2024/KREIS

Gast: Stefan Meyer, SGW mbH & Co. KG

Herr Meyer von der Salzgewinnungsgesellschaft Westf. mbH & Co. KG berichtet anhand einer Präsentation über die beabsichtigte 3D Seismik im Kavernenfeld Epe (**Anlage 1**).

Er danke Herrn Meyer für die Darstellung des Projektes, so Herr Schulte. Einige offene Fragen hätten so bereits geklärt werden können. Zur Frage der flächendeckenden Untersuchung erläutert Herr Meyer ergänzend, die Untersuchungen würden nicht zeitgleich auf der gesamten Fläche durchgeführt. Hintergrund sei hier insbesondere die begrenzte Anzahl an Messgeräten. Vielmehr würde die Fläche in einzelne Teilbereiche aufgeteilt, die nacheinander untersucht würden.

Auf Nachfrage von Herrn Schulte erläutert Herr Meyer des Weiteren, dass Grenzabstände zur vorhandenen, umliegenden Infrastruktur bei der Durchführung der 3D Seismik eingehalten würden. Die erzeugten Schwingungen blieben dabei auch in einem Bereich, der keine Auswirkungen auf diese hätte. Sollte man sich dennoch einem Grenzbereich nähern, der Beeinträchtigungen der Infrastruktur bedeuten könnten, sei geplant, die Untersuchungen dort umgehend zu beenden. Des Weiteren sei auch ein Beweissicherungsverfahren im Zuge der Projektdurchführung vorgesehen, so Herr Meyer.

Aus seiner Sicht sei die 3D Seismik auch mit Blick auf die künftige Salzgewinnung notwendig. Er sei insofern dankbar, dass nach menschlichem Ermessen bei der Durchführung keine dauerhaften Schäden entstehen würden, so Herr Harks. Auf seine Nachfrage berichtet Herr Meyer, die Durchführung der 3D Seismik würde Kosten in einem siebenstelligen Bereich verursachen. Es sei überdies geplant, die im Rahmen der 3D Seismik gewonnenen Daten mittelfristig dem Geologischen Dienst zur Verfügung zu stellen.

Aus geographischer Sicht konzentrierten sich im Bereich Epe die wenigen Naturschutzgebiete des Kreises Borken, schildert Herr Steiner. Auch wenn das dargestellte Projekt aus seiner Sicht nachvollziehbar sei, so sei dabei umso wichtiger, dass bei derart massiven Eingriffen in die Natur möglichst keine Schäden entstünden.

Herr Meyer erläutert auf Nachfrage von Herrn Steiner, dass die Sprengreste nach erfolgter Sprengung nicht aus den Böden entfernt werden.

Die durch die 3D Seismik gesammelten Daten werden als Rohdaten nach ein paar Jahren dem Geologischen Dienst zur Verfügung gestellt, erläutert Herr Meyer auf Nachfrage von Herrn Steiner.

Zur Frage von Herrn Steiner, welche Auswirkungen die 3D Seismik auf das betroffene Naturschutzgebiet haben könnte und wie hoch die Erfolgswahrscheinlichkeiten eingeschätzt würden, dass die Maßnahme ohne Schaden durchgeführt werden könnte, erläutert Herr Dr.

Ickemeyer, er verstehe die Rolle der Biologischen Station Zwillbrock als Manager der Naturschutzgebiete. Er sei schon frühzeitig zu dem vorgestellten Projekt angefragt worden. Es sei das erklärte Ziel, den Eingriff möglichst auf ein Minimum zu reduzieren.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbing erläutert Herr Meyer, die angestrebte 3D Seismik sei weder ausgleich- noch ersatzgeldpflichtig, da keine Schäden entstehen würden und dem entsprechend auch kein Ausgleich erforderlich sei.

Das Thema Witterung sei bei der Umsetzung des Projektes eine große Unabwägbarkeit, erläutert Herr Meyer auf Nachfrage von Herrn Berger. Hier kündigt Herr Meyer an, dass man jeweils im Einzelfall entscheiden müsse, wie die Flächenbeschaffenheiten zum jeweiligen Zeitpunkt der Untersuchung sei.

Auf Nachfrage von Herrn Rövekamp sichert Herr Meyer zu, vor Umsetzung des Projektes sowohl mit den Eigentümern als auch mit den Pächtern betroffener Flächen zu sprechen.

Herr Grothues weist auch darauf hin, dass nach Prüfung der Bezirksregierung Arnberg als zuständige Bergbaubehörde eine Befreiung gemäß Naturschutzrecht durch den Kreis Borken erforderlich wird.

Dass das geplante Projekt befreiungspflichtig sei, habe ihn überrascht, so Herr Meyer. Er hoffe dennoch auf eine zeitnahe Erteilung dieser. Sollte sich der angestrebte Zeitplan noch weiter nach hinten verschieben, sei das Projekt nicht mehr umsetzbar.

Punkt 3: Druckluftspeicheranlage CAES Ahaus: Vortrag durch Corre Energy

Gäste: Sebastian Boor und Oliver Paech, Corre Energy

Herr Boor und Herr Paech von Corre Energy stellen das Projekt zur Druckluftspeicheranlage CAES Ahaus vor (**Anlage 2**). Sie wollen ein innovatives Projekt aufzeigen, welches die notwendige Energiewende weiter voranbringen würde, so die Herren Paech und Boor.

Er stehe dem gesamten Projekt sehr kritisch gegenüber, betont Herr Harks. Insbesondere bezweifle er stark, dass sich der Wirkungsgrad der geplanten Anlage rentiere. Vielmehr gehe er von einer Energieverschwendung in diesem Projekt aus.

Er verweise hierzu auf die bestehende Anlage in Neuhunthorf. Aus dort gemachten Feststellungen hinsichtlich des Wirkungsgrades habe man gelernt und werde die Erfahrungen bei der neuen Anlage berücksichtigen, so Herr Boor.

Hinsichtlich der Nutzung der in dem Prozess freiwerdenden Fernwärme erkundigt Herr Harks sich, ob hierzu bereits Gespräche mit möglichen Abnehmern geführt worden seien. Herr Paech erläutert, dass es auch im Sinne der Corre Energy sei, dass die entstehende Fernwärme nachgenutzt würde. Damit verbunden sei natürlich auch eine Errichtung von weiterer Infrastruktur wie z.B. zusätzliche Leitungen. Hierfür notwendige Gespräche stünden derzeit noch aus.

Abschließend betrachte er die Unternehmensstruktur von Corre Energy grundsätzlich sehr kritisch, so Herr Harks. Angesichts der Größe des Projektes zweifle er stark an der finanziellen Möglichkeit der Umsetzung.

Auch er stehe dem Projekt kritisch gegenüber, so Herr Steiner. Das Unternehmen trete hier als großes und innovatives Unternehmen auf dem Energiemarkt auf. Allerdings sei keines der angekündigten Projekte bereits umgesetzt worden.

Zu seiner Frage der Notwendigkeit des geplanten Flächenverbrauches von ca. 17 Hektar erläutert Herr Boor, dass die in der Präsentation dargestellten Anlagenkomponenten für den Betrieb der Anlage erforderlich seien. Überdies fügt er an, dass derzeit mit einer Versiegelungsfläche von 60 bis 80 % geplant werde.

Zur Frage von Herrn Ebbing, ob mit der Projektumsetzung auch ein Netzausbau bzw. dessen Stabilisierung einhergehe, betont Herr Paech, dass hier ausschließlich die Energiespeicherung und –wiedereinbringung im Fokus stehe. Das Thema Netzstabilisation stehe hier nicht im Fokus.

In der Präsentation habe er erkennen müssen, dass die für den Betrieb der Druckluftspeicheranlage erforderlichen Behausungen 25 Meter hoch sein werden, bemerkt Herr Schulte. Zwar würden die Behausungen außerhalb des anliegenden Naturschutzgebietes liegen, allerdings ließe sich hier eine Auswirkung sicher nicht ausschließen. Zudem solle das Projekt in einer moornahen Umgebung errichtet werden. Auch wenn möglicherweise bautechnisch alles machbar sein, so halte er den geplanten Standort der Anlage für ungeeignet. Außerdem frage er sich, wie denn die zur Umsetzung des Projektes notwendige Infrastruktur wie Zuwegung oder Leitungen in diesem naturschutzsensiblen Gebiet errichtet werden könne.

Herr Paech führt hierzu aus, aktuell liefen Gespräche mit der Bezirksregierung Arnsberg bzgl. entsprechender notwendiger Genehmigungsverfahren. Allerdings sei man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sprachfähig. Derzeit sei geplant, die Zuleitung zur 380 kV Leitung unter das Moorgebiet hindurch zu verlegen. Die Zuwegung sei von Westen geplant, ein Ausbau der bestehenden Wege sei ebenso notwendig.

Zum Umgang mit dem aktuell laufenden Life Cross Border Block Projekt zur Wiedervernäsung des Hündfelder Moores erläutert Herr Paech auf Nachfrage von Herrn Schulte, dass die Corre Energy hier mit dem Büro Hofer & Pautz sowie mit der Biologischen Station Zwillbrock in Gesprächen sei. Zum jetzigen Zeitpunkt sei er zuversichtlich, beide Projekte unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben realisieren könnte.

Er sei dankbar, dass die Herren Boor und Paech das Projekt in dieser Sitzung vorgestellt hätten, so Herr Steiner. Er hätte sich allerdings mehr Erkenntnisgewinn gewünscht. Zwar befinde sich das Projekt bereits im Genehmigungsverfahren. Allerdings sei deutlich geworden, dass noch viele Fragen offen seien. Angesichts der Komplexität des Projektes, sei dies aus seiner Sicht wenig tragbar, so Herr Steiner. Auch der Anlagenstandort sei aus seiner Sicht weiterhin problematisch. Er stehe dem gesamten Projekt weiterhin kritisch gegenüber.

Zur Frage der entstehenden Kosten für die Umsetzung des Projektes erläutert Herr Paech auf Nachfrage von Herrn Berger, dass hierzu keine Aussagen getroffen werden könnten. Hierfür seien andere Personen innerhalb des Unternehmens zuständig.

Auch als Interessensvertreter der Landwirtschaft sehe er das Projekt äußerst kritisch, so Herr Elpers. Bereits jetzt nehme der Betrieb der SGW in Epe viel Fläche in Anspruch. Weitere Flächeninanspruchnahmen seien nun für die Druckluftspeicheranlage erforderlich. Angesichts der zunehmenden Verschärfung der Flächenverfügbarkeit in dieser Region, spreche er sich daher gegen die Umsetzung dieses Projektes aus.

Er weise auf das noch laufende Genehmigungsverfahren hin. Im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung stehe es jedem Bürger zu, sich am Verfahren zu beteiligen und hier Eingaben zu machen, so Herr Paech.

Abschließend erläutert Herr Grothues, auch für die Kreisverwaltung zeige sich derzeit ein diffuses Bild angesichts möglicher notwendiger Genehmigungsverfahren und damit einhergehend auch die noch erforderliche ausstehende Klärung der Zuständigkeiten. Auch die Kreisverwaltung stehe dem Projekt sehr kritisch gegenüber.

Auf Anregung der Herren Schulte und Stilkensäumer besteht Einigkeit im Gremium, sich für den weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens der Druckluftspeicheranlage sowohl rechtlich und fachlich gut aufzustellen. Sie schlagen vor, finanzielle Mittel in den Haushalt einzustellen, sodass bei Bedarf externe Beratung in Anspruch genommen werden könne.

Der Ausschuss beschließt daraufhin einstimmig:

Die Kreisverwaltung soll etwaige verfahrensrechtliche und fachliche Fragestellungen im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Vorhaben „Druckluftspeicherung in Untergrundkavernen (Projektträger Corre Energy)“ nach Bedarf auch in Form externer

rechtlicher und gutachterlicher Begleitung klären lassen. In 2024 sollen ggf. erforderliche Mittel überplanmäßig bereitgestellt werden. Zum Haushaltsentwurf 2025 soll ein adäquater Haushaltsansatz vorgesehen werden.

*Hinweis der Verwaltung: Mit Datum vom 20.09.2024 hat Herr Klemens Kaar von der Firma Corre Energy eine Stellungnahme zur Sitzung des Ausschusses für Natur, Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz am 12.09.2024 per Email eingereicht. Sie ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.*

Punkt 4: Planungen der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland und des Kreises Borken zur Nachnutzung der Deponie Borken-Hoxfeld
Vorlage: 0256/2024/KREIS

Berichterstatter: Andreas Brinkhues

Herr Brinkhues präsentiert die Planungen zur Nachnutzung der Deponie Borken-Hoxfeld (**Anlage 4**).

Auf Nachfrage von Herrn Moritz erläutert Herr Brinkhues, die geplante Photovoltaikanlage sei so konzipiert, dass sie auch Starkregenereignisse standhalte. Auch ein mögliches Hochwasser der angrenzenden Bocholter Aa sei bei der Planung berücksichtigt worden.

Ob die Errichtung einer Photovoltaikanlage auch auf den anderen Deponien möglich sei, erkundigt sich Herr Moritz. Hierzu würden aktuell Gespräche mit den betreffenden Kommunen geführt, erläutert Herr Brinkhues. Aktuell möchte man mit der größten Deponie in Borken-Hoxfeld starten.

Sie befürworten das Projekt und die entsprechenden Planungen, so die Herren Steiner und Harks. Es handele sich um ein gutes Konzept.

Auf Nachfrage von Herrn Berger zu einem etwaigen Netzanschluss und ggf. -ausbau erläutert Herr Brinkhues, die aktuell bestehende PV-Anlage speise in das Netz der Stadtwerke Borken ein. Für die geplante Anlage gebe es eine Zusage von Westnetz zur Einspeisung in die 30 KV Leitung.

Der Ausschuss nimmt die Planungen der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland und des Kreises Borken zur Nachnutzung der Deponie Borken-Hoxfeld zur Kenntnis.

Punkt 5: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Recklinghausen und dem Kreis Borken für eine interkommunale Zusammenarbeit in der Entsorgung von Bioabfällen und Krankenhausabfällen
Vorlage: 0257/2024/KREIS

Berichterstatter: Andreas Brinkhues

Die Kreise Borken und Recklinghausen kooperieren seit vielen Jahren im Bereich der Abfallentsorgung. Diese bewährte Zusammenarbeit gewährleiste eine beidseitige hohe Entsorgungssicherheit, betont Herr Brinkhues. Er befürworte es daher, wenn die Kooperation in Form der vorgelegten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung fortzuführen. Der Kreis Recklinghausen habe im dafür zuständigen Ausschuss bereits für die Fortsetzung der Kooperation gestimmt, so Herr Brinkhues.

Er befürworte die Fortführung der Kooperation, die für beide Kreise eine Win-Win-Situation bedeute, so Herr Harks.

Dem schliesse er sich an, so Herr Schulte. Über 11 Jahre hinweg sei eine gute Kooperation geführt worden, diese gelte es nun, fortzusetzen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Vertiefung und Verlängerung der interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Kreis Recklinghausen in der dargestellten Form wird zugestimmt.
2. Der Landrat wird beauftragt,
 - die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die teilweise Delegation von Aufgaben aus dem Bereich der Abfallwirtschaft im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Recklinghausen und dem Kreis Borken sowie
 - die Abstimmungsvereinbarung über die Entsorgung von Bioabfällen des Kreises Recklinghausen und von Krankenhausabfällen des Kreises Borken abzuschließen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen an der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorzunehmen, die im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens von der Kommunalaufsicht als erforderlich bezeichnet werden.

Punkt 6: **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Raesfeld und dem Kreis Borken über die Delegation der Aufgabe zum Einsammeln und Befördern von Abfällen im Rahmen des Wertstoffhofes Raesfeld**
Vorlage: 0258/2024/KREIS

Berichterstatter: Andreas Brinkhues

Die EGW betreibe seit 2002 in Absprache mit der Gemeinde Raesfeld den dortigen Wertstoffhof. Die Kooperation habe sich in den Jahren bewährt, daher sei beabsichtigt, die Kooperation durch den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu stärken und fortzuführen. Der Rat der Gemeinde Raesfeld habe in seiner letzten Sitzung der Vereinbarung bereits zugestimmt, so Herr Brinkhues.

Beschluss: einstimmig

- 1.) Dem Abschluss der als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Raesfeld und dem Kreis Borken über die Delegation der Aufgabe zum Einsammeln und Befördern von Abfällen im Rahmen des Wertstoffhofes Raesfeld wird vorbehaltlich der Genehmigung der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Münster zugestimmt.
- 2.) Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen an der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorzunehmen, die im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens von der Kommunalaufsicht als erforderlich bezeichnet werden.

Punkt 7: **Überarbeitetes ingenieurtechnisches Gutachten zur Kostenabschätzung für den Betriebsabschluss und die Nachsorgephase der Deponie Borken-Hoxfeld, Ahaus-Alstätte I bis III und Ahaus Wüllen**
Vorlage: 0224/2024/KREIS

Berichterstatter: Andreas Brinkhues

Wie aus der Sitzungsvorlage zu entnehmen sei, sei nach fünf Jahren aktuell die nächste Fortschreibung des Gutachtens zur Deponienachsorge erfolgt, berichtet Herr Brinkhues. Besonders sei dieses Mal, dass alle Deponien im Kreis Borken mittlerweile endabgedichtet seien. Die nun anstehende Übergangsphase werde weitere fünf Jahre andauern. Er rege daher an, nach dieser Phase ein erneutes Gutachten erstellen zu lassen, um mehr Klarheit zur dauerhaften Nachsorge zu bekommen.

Inhaltlich sei dem nun vorliegenden Gutachten eine Kostensteigerung in den nächsten Jahren zu entnehmen. Hintergrund sei insbesondere, dass die Sickerwassermengen auf der Deponie Hoxfeld deutlich höher ausgefallen und damit auch die Kosten der Behandlung entsprechend anzupassen seien.

Die Mehrkosten seien nachvollziehbar dargelegt und eine erneute Überprüfung aus seiner Sicht unumgänglich, so Herr Steiner.

Beschluss: einstimmig

Das überarbeitete ingenieurtechnische Gutachten des geotechnischen Büros Prof. Dr.-Ing. H. Düllmann GmbH vom 18.07.2024 wird zur Kenntnis genommen. Die Berechnung der Deponienachsorgekosten wird bei Bedarf – spätestens in fünf Jahren – erneut überprüft.

**Punkt 8: Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes - Maßnahmensteckbrief BNE 2 - Durchführung von Aktivitäten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE); hier: Fortführung des Klimaschutzpreises "Klima macht Schule" 2025 und 2026
Vorlage: 0246/2024/KREIS**

Berichtersteller: Michael Weitzell / Edith Gülker

Der Klimaschutzpreis „Klima macht Schule“ sei im 1. Halbjahr 2024 ausgelobt und durchgeführt worden. Im Anschluss an die Preisverleihung Anfang Juni, seien die Beteiligten in die Nachlese des Wettbewerbs gegangen. Vorgeschlagen werde, den Wettbewerb im bisherigen Format fortzuführen, da sowohl der Mitteleinsatz als auch Wirkung dauerhaft tragfähig seien. Beabsichtigt sei für eine weitere Runde, die Zeit der Bewerbung zu strecken und in Absprache mit der Initiative Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Kreis Borken (BNE) den Wettbewerb an die Unterrichtsinhalte der Schulen anzupassen, so Herr Weitzell. Im Sinne einer Verstetigung sowie längerfristigen Planbarkeit und inhaltlichen Verknüpfung mit den Aktivitäten des BNE-Regionalzentrums solle eine Beschlussfassung bereits für die nächsten zwei Jahre ergehen.

Seine Fraktion unterstütze die Fortführung des Wettbewerbs ausdrücklich auch für zwei Jahre und danke der Verwaltung für die geleistete Arbeit, so Herr Steiner. Die Preisverleihung sei eine tolle Veranstaltung gewesen.

Dem schließe sie sich an, so Frau Tanjsek. Die Resonanz zur Preisverleihung sei durchweg positiv ausgefallen, betont sie.

Er sei von den Projektergebnissen des Wettbewerbs sehr beeindruckt gewesen und befürworte ebenso die Fortsetzung des Wettbewerbs, ergänzt Herr Maus.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Natur, Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Sachstand zum Klimaschutzpreis 2024 wird zur Kenntnis genommen.
Die Klimaschutzpreise „Klima macht Schule“ in den Jahren 2025 und 2026 werden weiterhin als Wettbewerb für Grundschulen und weiterführende Schulen ausgelobt.

**Punkt 9: Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes - Sachstand und weiteres Vorgehen zur Umsetzung des Maßnahmensteckbriefes ÜT1 Ausbau der Allianz für Klimaschutz (Akteursnetzwerk und Kommunikationsplattform)
hier: Einbeziehung von Klimabotschafter/innen
Vorlage: 0248/2024/KREIS**

Berichterstatter: Michael Weitzell / Edith Gülker

Herr Weitzell berichtet, Teil der Beschlussfassung zum Klimaschutzkonzept 3.0 sei auch das Format der Klimabotschafter gewesen. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung des Formates seien in der Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz und Klimafolgenanpassung am 01.02.2024 beraten und abgestimmt worden. Zwischenzeitlich sei man in der Umsetzung nun soweit fortgeschritten, dass das Format im Rahmen der anstehenden Klimawochen dargestellt werden solle, so Herr Weitzell.

Ergänzend erläutert Frau Gülker, entsprechend der Beratungsergebnisse in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe sei für die Öffentlichkeitsarbeit ein Logo sowie eine Internetseite entwickelt worden, die zeitnah freigeschaltet würde. Des Weiteren sei das Format der Klimabotschafter bereits im Rahmen einer Veranstaltung in Bocholt beworben worden und man habe bereits einige Unternehmerinnen und Unternehmer gewinnen können, die dieses Format unterstützen. Eine erste größere Veranstaltung der Klimabotschafter sei, sofern fachliche Aspekte nicht entgegenstünden, für Ende des Jahres geplant. In der kommenden Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe könne das Format bei Bedarf dezidiert vorgestellt werden.

Der Sachstand zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes - Sachstand und weiteres Vorgehen zur Umsetzung des Maßnahmensteckbriefes ÜT1 Ausbau der Allianz für Klimaschutz (Akteursnetzwerk und Kommunikationsplattform) wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 10: Sicherung und Entwicklung von Mooren im Kreis Borken
Vorlage: 0255/2024/KREIS**

Berichterstatter: Bernd Garvert

Das Thema Moor sei im Kreis Borken schon lange präsent, erläutert Herr Garvert. Im Herbst letzten Jahres sei die Arbeitsgruppe Moorschutz mit Vertreterinnen und Vertretern der Biologischen Station Zwillbrock sowie des LWL gegründet worden, die ihre Arbeit bereits aufgenommen und einen Projektrahmen benannt habe. Derzeit würden Förderkulissen insbesondere im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) geprüft, mit dessen Hilfe die Projektziele nach entsprechender Priorisierung umgesetzt werden könnten. Als erstes großes Ziel stehe nun die Installation eines Pegelnetzes sowie einer gutachterlichen Analyse der Grundwasserstände im Fokus, so Herr Garvert.

Der Sachstandsbericht zur Sicherung und Entwicklung von Mooren im Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10.1: Anfrage zur Umsetzung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) im Kreis Borken
Vorlage: 0207/2024/KREIS

Berichterstatter: Bernd Garvert

Herr Garvert führt aus, das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) verfüge über insgesamt 10 breit gefächerte Handlungsfelder. Die Kreisverwaltung beabsichtige derzeit, sich vorrangig im Handlungsfeld 1 „Schutz intakter Moore und Wiedervernässungen“ zu beteiligen. Auch die weiteren Handlungsfelder seien zwar relevant, allerdings sei der Kreis Borken hier bereits tätig und greife dabei auf andere Fördertöpfe zurück. Gleichwohl werde das ANK dauerhaft gesichtet und nach Chancen zur Beteiligung geschaut.

Ergänzend führt Herr Weitzell aus, 26.09. werde in der Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz und Klimafolgenanpassung über das Thema Klimafolgenanpassung gesprochen. 118 verschiedene Maßnahmen würden aktuell angegangen. Eine wesentliche Maßnahme knüpfe hier an den zuvor dargestellten Aktivitäten von Herrn Garvert an. In der Sitzung würde hierzu tiefergehend eingegangen, kündigt Herr Weitzell an.

Er danke der Verwaltung für die umfangreiche und vielsagende Antwort, so Herr Steiner.

Punkt 11: Controllingbericht zum 30.06.2024
Vorlage: 0259/2024/KREIS

Berichterstatter: Hubert Grothues

Die Ergebnisse des Controllingberichtes zum 30.06.2024 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 12: Mitteilungen des Vorsitzenden

Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 13.1: Leitbild zum kreiseigenen Wald

In der Sitzung des Ausschusses für Natur, Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz am 16.11.2023 wurde erstmalig zum Sachstand Waldkonzept des Kreises Borken berichtet (Vorlage: 0313/2023/KREIS), informiert Herr Garvert. In der Fortführung der Arbeit wurden zwischenzeitlich vom Fachbereich Natur und Umwelt unter Einbeziehung der Abteilung Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sowie des Regionalforstamtes Münster Wald und Holz folgende Entwürfe erstellt:

1. Leitbild des Kreises Borken für einen naturnah klimastabilen Kreiswald (politisch)
2. Waldkonzept für den Fachbereich Natur und Umwelt (fachlich)

In der nächsten Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz und Klimafolgenanpassung am 26.09.2024 sollen die Entwürfe des Leitbildes und des Waldkonzeptes im Rahmen der Beratungen zur katalogartigen Zusammenstellung Klimafolgenanpassung kurz vorgestellt werden, kündigt Herr Garvert an. Weitere Informationen bzw. Beratungen dazu erfolgen dann in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses.

Punkt 13.2: Beauftragung der Bearbeitung der Vogelschutzmaßnahmenpläne „Düsterdieker Niederung“ und „Feuchtwiesen im nördlichen Münsterland“

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) NRW sei den Anträgen der Kreise Steinfurt und Borken gefolgt und habe das LANUV mit der Erstellung der o.g. Vogelschutzmaßnahmenpläne beauftragt. Dies teilte das MUNV mit Erlass vom 30.08.2024 mit, berichtet Herr Garvert.

Punkt 13.3: Aktueller Sachstand zum Tiergarten Schloss Raesfeld e.V.

Herr Grothues berichtet, in der Ausschusssitzung am 16.11.2023 habe die Verwaltung dargestellt, dass nach dem ersten Gespräch der Kreisverwaltung mit der Korte-Stiftung als Tiergarteneigentümer Raesfeld und dem Tiergartenverein im 1.Halbjahr 2024 auch die Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Borken, der Gemeinde Raesfeld und dem Tiergarten Schloss Raesfeld e.V. den neuen Gegebenheiten angepasst und dem Kreistag zu Entscheidung vorgelegt werden soll. Da die Gespräche zwischen allen Beteiligten noch nicht abschließend geführt sind, sei jetzt ein Vereinbarungsentwurf für Ende 2024 vorgesehen.

Punkt 13.4: Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle: Info-Mobil zu Besuch in Bocholt

Das BASE-Info-Mobil macht vom **27.09. bis 28.09.2024 Station in Bocholt** und informiert über die Suche nach einem Endlager für die hochradioaktiven Abfälle, kündigt Herr Grothues an. Die Ausstellung vermittele einen schnellen Überblick über das Suchverfahren und wie sich Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen könnten. Vor Ort antworten die Mitarbeitenden der BASE auf Fragen oder diskutieren gerne zu verschiedenen Aspekten rund um das Thema Endlagerung.

Das BASE-Info-Mobil sei auf dem Neutorplatz zu finden. Die Öffnungszeiten seien am 27.09. von 12 - 19 Uhr und am 28.09. von 10 - 17 Uhr.

Ein Informationsbrief der BASE ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (**Anlage 5**).

Punkt 13.5: Urteil des OVG Münster zum Landesentwicklungsplan NRW

Eine Präsentation der Bezirksregierung Münster vom 24.06.2024 zur 1. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW wird der Niederschrift beigefügt (**Anlage 6**), kündigt Herr Grothues an. Ferner führt er aus, dass im Regionalplan bereits die entsprechenden rechtlichen Lücken aufgrund des Urteils bereits geschlossen worden seien.

Punkt 13.6: Sachstand zur Obstbaumpflanzaktion der NFG

Der Bestellzeitraum der diesjährigen Obstbaumpflanzaktion sei zur Hälfte abgelaufen und ende endgültig am 30.09.2024, informiert Herr Garvert. Erfreulicherweise wurden bereits 572 Obstbäume bestellt. Aktuell könnte daher davon ausgegangen werden, dass das gute Ergebnis von rund 1.100 Bäumen aus 2023 auch in diesem Jahr erreicht würde.

Punkt 14: Anfragen

Auf Anfrage von Frau Wübbeling, ob und wie sich die Firma Solvay, Mutterkonzern der SGW, zur Vergabe der Kavernen positioniere (siehe TOP 3), antwortet Herr Grothues, die Verwaltung habe hierzu keine Kenntnis.

Vorsitzender Johannes Maus schließt die Sitzung.



Johannes Maus



Anne-Katrin Kremer